

„Ein neuer Sonderweg“

SPIEGEL-Gespräch Der Historiker Heinrich August Winkler über den Verrat westlicher Werte durch die USA, den Unterschied zwischen Irak-Krieg und Krim-Krise sowie die Ahnungslosigkeit von Helmut Schmidt, Helmut Kohl und Gerhard Schröder



Winkler, 76, lehrte bis 2007 Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Einem breiten Publikum wurde er durch sein Werk „Der lange Weg nach Westen“ bekannt. Am 28. Januar erscheint der vierte und abschließende Band seiner „Geschichte des Westens“ (Verlag C. H. Beck).

SPIEGEL: Herr Winkler, Sie behaupten, dass der Vormarsch der Menschenrechte in der westlichen Welt unaufhaltsam sei. Was sagen Sie zu den Folterpraktiken der CIA?

Winkler: Die Geschichte des Westens handelt nicht nur von der Aneignung der unveräußerlichen Menschenrechte, von der Herrschaft des Rechts und der Gewaltenteilung. Sie ist auch eine Geschichte von brutalen Verstößen gegen die eigenen Werte und der Fähigkeit zur Selbstkorrektur.

SPIEGEL: Das klingt selbstgerecht. Sind es nicht zu viele Verstöße, als dass man von einzelnen Rückschlägen sprechen könnte?

Winkler: Das normative Projekt des Westens beginnt schon mit einer Lebenslüge. Die Unterzeichner der ersten Menschenrechtserklärung von 1776 in Virginia waren zum erheblichen Teil Sklavenhalter. Dem Wortlaut nach galten die Rechte auch für Sklaven, in der Praxis wurden sie ihnen verweigert. Dasselbe gilt für die amerikanischen Ureinwohner, auf andere Weise auch für Frauen, denen das Wahlrecht und viele andere bürgerliche Rechte vorenthalten wurden. Aber sie alle konnten sich auf diese Menschenrechte berufen, und sie haben es getan. Das Projekt war insofern klüger als seine in männlichen und rassistischen Vorurteilen befangenen Schöpfer. Das ist die eigentliche Dynamik des westlichen Projekts.

SPIEGEL: Unter der Präsidentschaft von George W. Bush konnten wir diese Dynamik nicht beobachten.

Winkler: Der Westen besteht nicht nur aus den Vereinigten Staaten. Diejenigen, die sich etwa in Europa 2002 und 2003 gegen den drohenden Irak-Krieg gestellt haben, waren den westlichen Werten sehr viel näher als die damalige US-Regierung.

SPIEGEL: Sie zählen auch das Völkerrecht zu den großen historischen Errungenschaften des Westens ...

Winkler: ... weil es auf die Übertragung der Herrschaft des Rechts auf die internationalen Beziehungen zielt.

SPIEGEL: Zugleich schreiben Sie, dass fast alle US-Präsidenten seit dem Zweiten Weltkrieg „nie einen Zweifel daran gelassen“ haben, im Ernstfall die Staatsräson der USA über das Völkerrecht zu stellen.

Winkler: Frei nach Gertrude Stein: Eine Großmacht ist eine Großmacht ist eine Großmacht. Die Europäer befinden sich in einem anderen Stadium der Geschichte. Sie sind postklassische Nationalstaaten und eben nicht mehr voll souverän wie

die USA. Sie können daher die amerikanische Haltung nicht nachvollziehen.

SPIEGEL: Verstehen Sie, dass manche Länder die USA unter diesen Umständen als Bedrohung empfinden?

Winkler: Man darf die Tendenz zur Selbstkorrektur in den USA nicht unterschätzen. Es gab auch unter Bush ein anderes Amerika, das sich 2008 in der Wahl von Obama artikuliert hat.

SPIEGEL: Sie gehörten zu den ersten deutschen Kritikern des Irak-Kriegs, heute sind Sie einer der schärfsten Kritiker des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Sie haben nie Sanktionen gegenüber den USA gefordert, allerdings befürworten Sie Strafmaßnahmen gegen Moskau. Messen Sie mit zweierlei Maß?

Winkler: Die Amerikaner haben den Irak nicht annektiert ...

SPIEGEL: ... aber das Völkerrecht gebrochen.

Winkler: Ja, und sie haben Putin damit seine Argumentation erleichtert. Aber die Annexion der Krim ist seit 1945 die erste gewaltsame Annexion eines Gebiets, das zu einem anderen Staat gehört, durch eine Großmacht in Europa. Russland ordnet seine Interessen bedenkenlos dem Recht auf Selbstbestimmung anderer Völker über. Nicht zu reagieren hätte Putin ermuntert, auf diesem Wege weiterzumachen. Da eine militärische Antwort undenkbar war, blieben nur symbolische Maßnahmen wie die Suspendierung der russischen Mitgliedschaft in der G-8-Runde und wirtschaftliche Sanktionen, um ihm zu bedeuten: bis hierher und nicht weiter.

SPIEGEL: Die amerikanische Irak-Invasion hatte gravierendere Folgen als die Annexion der Krim. Dort starben nur wenige Menschen, im Irak-Krieg gab es hingegen mehr als 100 000 Tote, und das Land ist seitdem nicht zur Ruhe gekommen.

Winkler: Deswegen ist die Kritik am amerikanischen Vorgehen im Irak heute in der westlichen Welt fast unumstritten. Wir wissen aber nicht, was sich aus der russischen Politik im Jahre 2014 ergeben wird. Es ist in jedem Fall eine historische Zäsur, die Putin mit seinem Vorgehen gegenüber der Krim und der Ostukraine gesetzt hat.

SPIEGEL: Was sagen Sie zu dem Vorwurf des russischen Außenministers Sergej Lawrow, der Westen wolle Putin stürzen?

Winkler: Ich kenne keine westliche Regierung, die es auf einen Regimewechsel in Moskau abgesehen hat. Das wäre auch verrückt. Niemand weiß, was danach käme.

SPIEGEL: Immerhin galt in den USA ab 2002 die Bush-Doktrin: das Aufkommen einer feindlichen Supermacht unter allen Umständen und mit allen Mitteln, auch militärischen, zu verhindern. Möglicherweise setzen sich die Bush-Anhänger bei der nächsten US-Präsidentenwahl durch.

Winkler: Europa würde einen Weg der Konfrontation nicht mitgehen, ein transatlan-



Tunesier auf Wahlkampfveranstaltung in Tunis 2011: „Erhebliche Attraktion“

tisches Zerwürfnis wäre unvermeidbar. Ich rechne aber auch nicht damit, dass in Washington ein Hasardeur an die Macht kommt.

SPIEGEL: Wir müssen also umgekehrt ein Interesse an Stabilität in Russland haben?

Winkler: Selbstverständlich. Allerdings ohne die Hoffnung der Jahre 1989/90, dass sich in überschaubarer Zeit ein Friedensraum auf der Grundlage der Demokratie zwischen Vancouver und Wladiwostok herausbildet. Es bleibt nur eine Politik mit langem Atem: einerseits deutlich zu machen, was die westlichen Demokratien nicht akzeptieren können, und gleichzeitig Angebote zur Beilegung der bestehenden Konflikte zu unterbreiten.

SPIEGEL: Dann hat der Westen alles richtig gemacht in seiner Russland-Politik?

Winkler: Der Westen hat viele Fehler begangen. Die EU hat bei den Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen mit der Ukraine nicht die möglichen Nachteile für Russland bedacht, was erst jetzt nachgeholt wird. Deshalb tritt der wirtschaftliche Teil des Assoziierungsabkommens frühestens 2016 in Kraft. Das hätte man vorher tun müssen.

SPIEGEL: Was ist mit der Osterweiterung von EU und Nato?

Winkler: Der Westen hat nach 1989/90 versucht, eine Zone der Instabilität wie in der Zwischenkriegszeit zwischen 1919 und 1939 zu vermeiden. Damals ist die Demokratie in fast allen Fällen nach wenigen Jahren gescheitert. Im Übrigen hat die Nato die ostmitteleuropäischen Staaten nicht zum Beitritt gedrängt. Es waren diese Staaten, die aufgrund der Entwicklung in Russland fürchteten, ihre größte Errungenschaft, die Befreiung von der Ordnung von Jalta, könnte rückgängig gemacht werden.

SPIEGEL: Nach dieser Logik müssten Nato und EU auch die Ukraine aufnehmen.

Winkler: Für eine Mitgliedschaft in der EU fehlen alle Voraussetzungen. Auf der anderen Seite sollte die EU einen Beitritt auch nicht für immer ausschließen, wenn sie zugleich Beitrittsverhandlungen mit Ländern wie Serbien und Albanien führt.

SPIEGEL: Und was ist mit der Nato?

Winkler: Zu einer Aufnahme der Ukraine wird es nach menschlichem Ermessen nicht kommen, weil die überwiegende Mehrheit der Mitgliedstaaten sie ablehnt. Das gilt auch für Georgien. Dies ist im Übrigen ein Beweis dafür, dass die westlichen Demokratien russische Sicherheitsinteressen berücksichtigen.

SPIEGEL: Wenn es nicht am Westen lag – was ist dann Ihrer Meinung nach im Verhältnis zu Russland falsch gelaufen?

Winkler: Russland hat bereits in den Neunzigerjahren einen ganz anderen Entwicklungsweg eingeschlagen als die ostmitteleuropäischen Staaten, die 2004 Mitglieder der EU wurden. Unter Putin kamen nach 2000 die Gleichschaltung der Justiz, die Unterdrückung oppositioneller Gruppen und eine Politik des kompensatorischen Nationalismus hinzu.

SPIEGEL: Kompensation für was?

Winkler: Das erschreckende Zurückbleiben hinter den Herausforderungen einer wirtschaftlichen Modernisierung. Von dem Sozialpsychologen Daniel Katz stammt der Begriff des „enhanced psychic income“, des seelischen Sondereinkommens, das durch die Befriedigung kollektiver Bedürfnisse nach nationaler Größe erzielt wird. Das kann eine Zeit lang funktionieren, aber der Popularitätsbonus, den Putin durch die Annexion der Krim erzielt hat, ist keine Größe, auf die er sich verlassen sollte. Derartige



Präsident Putin mit Patriarch Kirill (l.) nach seinem Amtsantritt 2012 in der Verkündigungskathedrale im Kreml: „Älter als der Sowjetkommunismus“

Kompensationen verbrauchen sich rasch, wenn die ökonomischen Daten so katastrophal sind wie in Russland.

SPIEGEL: Warum verfährt ein solcher kompensatorischer Nationalismus in Russland überhaupt?

Winkler: Beherrschend ist das Gefühl der Demütigung durch die Auflösung der Sowjetunion. Schon um die Epochenwende 1989/1990 gab es Anzeichen für die Wiederbelebung des Mythos von Moskau als dem dritten Rom. Dahinter steckt die Idee, dass Russland der eigentliche Repräsentant des Christentums und dem dekadenten Westen haushoch überlegen sei. Einige rückwärtsgewandte Elemente des Putinismus wie der Antifeminismus und die Homophobie sind auch durch seine Zusammenarbeit mit der dezidiert antiwestlichen russischen Orthodoxie zu erklären. Da kommen Traditionen zum Zuge, die älter sind als der Sowjetkommunismus.

SPIEGEL: Verunsichert es Sie nicht, dass mit Helmut Kohl, Helmut Schmidt, Hans-Dietrich Genscher und Gerhard Schröder einst führende deutsche Außenpolitiker die Russland-Politik des Westens kritisieren?

Winkler: Ich wundere mich, in welchem Maße hochverdiente Politiker offenkundig nicht verstanden haben, dass wir in einem neuen Europa leben, zu dem unsere enge Partnerschaft mit den ostmitteleuropäischen Demokratien gehört. Es gibt keine

legitimen deutschen Interessen, die nicht zugleich auch Interessen Europas und des Westens sind. Ich sehe da Ansatzpunkte für einen neuen Sonderweg, was den Befürwortern einer solchen Politik offenbar gar nicht bewusst ist.

SPIEGEL: Kritik an der westlichen Russland-Politik ist im gesamten politischen Spektrum zu vernehmen.

Winkler: Es ist schon außerordentlich bedenklich, dass die Zahl derer nicht klein ist, die an alte deutsch-russische Gemeinsamkeiten anknüpfen wollen. Das reicht von Alexander Gauland von der AfD über Lothar de Maizière, den letzten DDR-Ministerpräsidenten, bis zu Matthias Platzeck, dem ehemaligen SPD-Chef, und der Partei Die Linke. Häufig fällt dann der Name Bismarck. Wenn Polen und Balten das hören und lesen, denken sie an den

Hitler-Stalin-Pakt oder im Falle Polens auch an die drei Teilungen des Landes durch Russland, Preußen und Österreich.

SPIEGEL: Mehr als 60 prominente Politiker, Künstler, Unternehmer und Diplomaten haben Anfang Dezember mit dem Aufruf „Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!“ vor einer Eskalation der Ukraine-Krise gewarnt.

Winkler: Ich frage mich, ob den Unterzeichnern das Bewusstsein fehlt, dass sie dabei sind, die EU zu spalten und die Nato dazu. Wie will man unsere Verpflichtung zur Solidarität gegenüber Polen und den baltischen Staaten vereinbaren mit einem Plädoyer für deutsche Alleingänge? Horst Teltschik, der Kanzlerberater Kohls, hat Angela Merkel aufgefordert, sie solle Putin ein Angebot machen. In wessen Namen? Die Vorstellung, wir könnten uns über die Köpfe der Ukrainer hinweg mit Russland verständigen, bedeutet einen Rückfall in deutsches Großmachtdenken. Diese Zeiten sind unwiderruflich vorbei.

SPIEGEL: Woher nehmen Sie eigentlich die Gewissheit, dass die Anziehungskraft der Ideen von 1776 und 1789 ungebrochen ist?

Winkler: Vor sechs Jahren haben mehr als 5000 chinesische Künstler und Intellektuelle die Charta 08 unterschrieben, eines der eindrucksvollsten Menschenrechtsmanifeste seit der Virginia Declaration of Rights von 1776 und der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte durch die französische Nationalversammlung von



Winkler, SPIEGEL-Redakteure*
„Rückfall in deutsches Großmachtdenken“

* Christiane Hoffmann und Klaus Wiegrefe in Berlin.

1789. Ich verweise zudem auf Taiwan oder die Mongolische Republik. Selbst in der muslimischen Welt gibt es positive Entwicklungen, etwa in Tunesien oder Indonesien. Das spricht dafür, dass die westlichen Ideen keineswegs zum alten Eisen der Geschichte gehören, sondern nach wie vor eine erhebliche Attraktion auf Gesellschaften ausüben, die sich aus autoritären oder totalitären Verhältnissen zu befreien suchen.

SPIEGEL: 5000 Intellektuelle sind in China eine verschwindende Minderheit.

Winkler: Es besteht kein Zweifel daran, dass jahrhundertalte Prägungen die Bemühungen zunächst sehr kleiner Minderheiten gewaltig erschweren. Aber welche neue Position ist nicht zunächst eine Sache von Minderheiten gewesen? Zumindest ist die These von der strukturellen Nichteignung bestimmter Kulturen für die Sache der Menschenrechte falsch. Für diese Art von Fatalismus gibt es keinen Grund.

SPIEGEL: Sie haben mit Tunesien das einzige Land des Arabischen Frühlings genannt, in dem es Anlass zur Hoffnung auf demokratische Verhältnisse gibt.

Winkler: Es gibt in der Tat eine Art tunesischen Sonderweg. Tunesien sollte uns dennoch davor bewahren, islamische Gesellschaften generell für demokratieunfähig zu halten. Mehr würde ich aus diesem Fall nicht ableiten wollen.

SPIEGEL: Warum tun sich islamische Gesellschaften so schwer mit Menschenrechten und Demokratie?

Winkler: Charles de Montesquieu hat als erster westlicher Denker auf die großen Schwierigkeiten islamischer Gesellschaften hingewiesen, den Gedanken der Gewaltenteilung in die Praxis umzusetzen. Er erinnerte an die spezifisch christliche Unterscheidung zwischen göttlichen und irdischen Gesetzen, für die er so im Islam keine Entsprechung fand. Das ist in der Tat die entscheidende Frage, um die sich alle innenpolitischen und ideologischen Auseinandersetzungen in islamischen Gesellschaften drehen. Solange Menschenrechte nur nach Maßgabe der Scharia gelten, ist eine pluralistische, zivilgesellschaftliche Entwicklung unmöglich.

SPIEGEL: Aber in Ländern wie Ägypten standen nicht säkulare Demokraten gegen islamische Fundamentalisten. Es handelte sich um eine von Islamisten geführte Volksbewegung, die gegen eine säkulare Diktatur aufbegehrte.

Winkler: Das stimmt. Den säkularen Diktaturen lag nicht daran, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft hervorzubringen. Vielmehr unterdrückten sie solche Bestrebungen. Solange aber die Islamisten ihrerseits nicht bereit sind, Kompromisse mit säkularen Kräften einzugehen, bleibt der Teufelskreis, dass auf islamistische Revolten eine neue Militär-

diktatur folgt wie in Ägypten oder die Anarchie wie im Falle Libyens.

SPIEGEL: Die Eliten vieler nichtwestlicher Länder halten die Wertediskussion nur für ein Instrument des westlichen Imperialismus.

Winkler: So argumentieren die Herrschenden in autoritär verfassten Gesellschaften und werden von einem Teil dieser Gesellschaften darin unterstützt. Es gibt autoritäre Mentalitäten, und diese bilden eine höchst wirksame Barriere gegen eine Übernahme westlicher Werte. Wir kennen das aus der deutschen Geschichte. Die politischen Konsequenzen der Aufklärung wurden lange abgelehnt, und auch bei uns waren es nicht nur die Eliten, die sich gegen die westlichen Ideen wehrten. Warum bedurfte es in Deutschland der totalen Niederlage im Zweiten Weltkrieg, um die vorbehaltlose Öffnung der Bundesrepublik

„Hochverdiente Politiker haben offenkundig nicht verstanden, dass wir in einem neuen Europa leben.“

gegenüber der politischen Kultur des Westens möglich zu machen, wie es Jürgen Habermas 1986 genannt hat? Der Fall Deutschland zeigt allerdings auch, dass ein solches Erbe überwunden werden kann. Übrigens auch dank amerikanischer Hilfe, was niemand unterschlagen sollte.

SPIEGEL: Wenn das normative Projekt des Westens so attraktiv ist – warum finden sich immer wieder Mehrheiten dagegen? In Russland wurde Putin gewählt, in Ägypten Mohammed Mursi, in der Türkei Recep Tayyip Erdoğan, im Gazastreifen die Hamas-Bewegung. Und selbst wenn Stimmen gefälscht wurden, zweifelt niemand an der Rechtmäßigkeit ihrer Wahl.

Winkler: Das zeigt, dass sich das westliche Projekt nicht auf das Mehrheitsprinzip und formal freie Wahlen reduzieren lässt. Ohne Menschen- und Bürgerrechte, ohne unabhängige Justiz, ohne Rechtsstaatlichkeit kann das Mehrheitsprinzip zu autoritären und totalitären Konsequenzen führen. Das hat auch Deutschland erlebt, als es in der Endphase der Weimarer Republik eine negative Mehrheit gegen die Demokratie gab. Die vulgärdemokratische Interpretation des westlichen Projekts hat immer in die Irre geführt.

SPIEGEL: Mehrheitsprinzip und Volkssouveränität sind wesentliche Teile des westlichen Projekts. Mit welchem Recht stellen Sie ein Wahlergebnis infrage, nur weil es Ihnen nicht gefällt?

Winkler: Die Gedanken von Volkssouveränität und repräsentativer Demokratie dürfen nicht isoliert werden von der Idee der Herrschaft des Rechts und der Gewaltenteilung als Bedingungen der Zivilgesellschaft. Wo diese Bedingungen fehlen, kann man nicht von pluralistischer Demokratie sprechen. Das Mehrheitsprinzip allein reicht nicht

aus, um eine freie Gesellschaft hervorzu- bringen. Das wusste schon der englische Philosoph und Ökonom John Stuart Mill vor über 150 Jahren: Tyrannei kann nicht nur von absoluten Herrschern, sondern auch von Mehrheiten ausgeübt werden.

SPIEGEL: Manche Kritiker des Westens suchen nach Sinn und haben den Eindruck, der Westen biete nur Regeln des Zusammenlebens und Konsum.

Winkler: Menschenrechte sind mehr als Regeln, es sind Inhalte.

SPIEGEL: Es fehlt die metaphysische Ebene.

Winkler: Nein, der Gedanke, dass es eine dem Menschen angeborene Würde gibt, ist religiösen, nämlich jüdisch-christlichen Ursprungs. Wie übrigens auch der Gedanke der Gewaltenteilung, der zurückgeht auf das Wort von Jesus: Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist.

SPIEGEL: Das westliche Projekt liefert keine Antwort auf die Frage nach dem Sinn des Lebens.

Winkler: Warum ist es keine Antwort auf die Sinnfrage, wenn wir dem Gedanken der unantastbaren Würde jedes einzelnen Menschen universale Geltung wünschen?

SPIEGEL: Wir haben den Eindruck, dass Sie, ganz Hegelianer, an den unaufhörlichen Fortschritt der Menschheit glauben.

Winkler: Ihr Verdacht ist nicht ganz unbegründet. Ich glaube zwar nicht an die zwangsläufige Durchsetzung der westlichen Werte, bin aber der Meinung, dass die Auseinandersetzung um die Ideen des 18. Jahrhunderts weitergehen wird. Und wenn das ein optimistischer Ansatz ist, dann bin ich Optimist im Sinne von Immanuel Kant. Das Denken des Philosophen aus Königsberg läuft darauf hinaus, dass Optimismus geradezu sittliche Pflicht sein kann. Vielleicht bin ich ja als geborener Königsberger für kantianische Gedanken besonders anfällig.

SPIEGEL: Und diesen Optimismus kann nichts erschüttern?

Winkler: Die EU kann scheitern, das atlantische Bündnis kann zerbrechen. Das alles ist möglich, aber ich glaube, wenn man diese Gefahren sieht, dann weiß man auch, wie wichtig eine Weiterentwicklung der Ideen des späten 18. Jahrhunderts ist.

SPIEGEL: Herr Winkler, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

**Noch
2 Wochen!**

Ab 10. Januar erscheint
der SPIEGEL immer **samstags**.